

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei steter Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. wöchentlich. Bestellungen per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 6-9.

Die wichtigste Neupoststelle über deren Raum kostet 1,- M. einschließlich Leveragezuschlag. Kleine Anzeigen: Das festerbedachte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leveragezuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Gesandtschaften 2,20 M. netto pro Zeile. Gesandtschaften in Wort-Anzeigen: das festerbedachte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4510 4803, 4825, 4848, 4822.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Englisch-französische Spannung

### Neue Verwickelungen

Dadurch, daß sich Frankreich amtlich hinter den gegenrevolutionären General Wrangel gestellt hat, ist die europäische Gesamtlage aufs neue kompliziert und verschärft worden. Bei der englischen Regierung hat der französische Beschluß, wie Lloyd George sich ausdrückt, Ueber-raschung und Besorgnis hervorgerufen. Man empfindet das Verhalten Millerands als einen Verstoß wider die Abmachungen von Sythe und als einen hinterhältigen Bruch mit der Politik des gemeinsamen Aufstretens in den Ostfragen. Wie ernst die amtlichen Stellen in London die Dinge beurteilen, geht daraus hervor, daß sowohl der König wie der Ministerpräsident Lloyd George ihre Reisepläne aufgegeben haben und daß das Parlament, das am Freitag in die Ferien gehen sollte, vorläufig weiter tagt.

Die Abneigung Frankreichs gegen die Vermittlungs- und Verständigungsversuche Lloyd Georges war ja längst offenkundig. Aber die brutale Art, mit der es sich von seinem Verbündeten trennt und eigene Wege geht, muß doch in Estimmen sehen. Es spielt auf alle Fälle ein sehr gefährliches Spiel, dessen Folgen sich unter Umständen nicht nur im Osten, sondern auch anderswo bemerkbar machen werden. Vergessen wir nicht, daß Frankreich auch in seiner Politik gegenüber Deutschland bisher in hohem Maße von der englischen Unterstützung abhängig war. Es ist von seinem Standpunkt aus gesehen ein Wahnsinn, diese Rückendeckung zu gefährden, ein Wahnsinn, der sich nur aus der namenlosen Angst der französischen Bourgeoisie vor dem Sozialismus und aus ihrem brennenden Wunsch, doch noch wieder in den Genuß der Zinsen für die dem zaristischen Rußland vorgestreckten Milliarden zu gelangen, erklären läßt.

Trotzdem werden wir uns hüten müssen, nun voreilige Hoffnungen auf einen endgültigen Bruch zwischen den Alliierten zu setzen, und vor allem dürfen wir den Gedanken nicht aufkommen lassen, als biete sich Deutschland jetzt eine Gelegenheit, irgendwie mit Frankreich abzurechnen. Es wäre verständlich, wenn sich auch hier und da in der Arbeiterklasse das Gefühl regte, man könne und müsse nun einem Lande, dessen herrschende Klasse so offensichtlich die Partei der Gegenrevolution ergreift, an der Seite der Bolschewiki mit militärischen Mitteln einen vernichtenden Schlag zufügen. Aber wir dürfen nicht außeracht lassen, daß jede derartige Regung von den deutschen Nationalisten aufgegriffen wird, um sie in ihrem Interesse, im Interesse der Entschaffung einer Revolution in Deutschland, gegen Frankreich zu benutzen. Die Sowjetregierung wird, gestützt auf die Sympathien der internationalen Arbeiterklasse und auf den todesmutigen Abwehrkampf der russischen Arbeiter und Bauern, mit dem General Wrangel fertig werden ganz ohne Rücksicht auf die mehr oder weniger moralische Unterstützung, die er von der französischen Republik erhält und Millerand und seinen nationalen Bloß können wir um so eher den französischen Arbeitern überlassen, als die Trübung der Beziehungen zu England ihre Stellung stärken muß.

**London, 12. August.**  
Die Note der französischen Regierung an General Wrangel, worin dessen Regierung anerkannt wird, war von Millerand vorbereitet und vom Kabinett gebilligt. Der Berichterstatter des Reuterschen Bureaus hat im französischen Außenministerium erfahren, daß die Vermutung der englischen Presse, das Veronal des Außenministeriums habe die Politik der französischen Regierung durchkreuzt, unbegründet ist.

**London, 12. August.**  
Wie Reuters aus Paris meldet, hat der englische Geschäftsträger heute eine Note der englischen Regierung an das Ministerium des Äußeren übergeben. Gegenwärtig sind Besprechungen zwischen beiden Regierungen im Gange über die entstandenen Meinungsverschiedenheiten, die eine Fortsetzung der freundschaftlichen Zusammenarbeit nicht verhindern.

## Die Schreckensherrschaft in Polen

### Noch immer die Aera Daczynski

In den letzten zwei Wochen haben die Repressalien gegen die Arbeiterklasse Polens alle Grenzen überschritten. Es sind sogar eine Anzahl Mitglieder der Arbeitergenossenschaften und eine Reihe von Stadtverordneten des Südböhmischen Arbeiterbundes verhaftet worden. Die Hauptenergie jedoch richtet sich nach wie vor gegen die Kommunisten. Die Gefängnisse sind in ganz Polen buchstäblich mit wirklichen oder angeblichen Kommunisten überfüllt. Vor kurzem wurden einige hundert kommunistische Gefangene plötzlich in Ketten gelegt und unter entsetzlichen Bedingungen aus Warschau und Lodz in die Konzentrationslager bei Bronke (bei Posen) und in Dombie übergeführt. Die Lebensbedingungen in diesen Lagern sind furchtbar. Die Behandlung der Gefangenen ist schlimmer als in den Zuchthäusern: Beschimpfungen, Schläge, Hunger sind hier eine stehende Einrichtung. Im Konzentrationslager in Dombie herrschen epidemische Krankheiten. Schlimmer als alles ist jedoch, daß

die Kleinbürgerlichen Philister in Posen und Galizien durch eine gewissenlose Pressehege und durch unsinnige Legenden, die über die Kommunisten verbreitet werden, so fanatisiert und verhetzt sind, daß man ernstlich um das Leben der Gefangenen besorgt sein muß.

Alle diese furchtbaren Zustände werden nach wie vor von einer Regierung gebildet, in der der Vertreter einer Partei, die sich als sozialistische Partei bezeichnet, eine führende Rolle spielt. Wie man sich auch zu dem russisch-polnischen Krieg stellen mag, muß man sein Erstaunen ausdrücken, weniger über den moralischen Fall, als über die politische Rarität jener Leute, die auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung der europäischen Arbeiterklasse rechnen und sich zu gleicher Zeit durch derartige himmelschreiende Tatsachen entehren.

## Amerika gegen die Anerkennung der Räteregierung

III. Paris, 12. August.

Der „Matin“ berichtet aus London: Die Note der Washingtoner Regierung kam gestern in London an. Diese Note ist an den italienischen Botschafter gerichtet und ist die Antwort auf eine Anfrage der italienischen Regierung an die amerikanische Regierung in der Polenfrage. Die Note erklärt, daß die Regierung von Washington an einen freien und autonomen Polenstaat glaubt und daß das Volk der Vereinigten Staaten die Aufrechterhaltung der polnischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Polens wünscht. Die amerikanische Regierung wünscht nicht an irgend einem Projekt teilzunehmen, das die Waffenstillstandsverhandlungen in eine europäische Konferenz umzuwandeln versucht. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte ein solcher Versuch das Ergebnis, die Anerkennung des bolschewistischen Regimes und die fast unvermeidliche Regelung des russischen Problems auf der Basis eines zerstückelten Rußlands nach sich zu ziehen.

## Die russisch-polnischen Verhandlungen

Kopenhagen, 12. August.

Rixhaus Bureau erzählt aus hiesiger russischer Quelle: Der Vertreter des russischen Kommandos wartete am 9. d. Mts. vergebens an der russischen Grenze auf die polnische Delegation. Es kam weder eine Delegation noch irgend eine Meldung aus Warschau. Der russische Vertreter wartet andauernd auf das Eintreffen der polnischen Delegation. Bei der polnischen Regierung ist durch drahtloses Telegramm angefragt worden, wann die polnischen Delegierten erwartet werden können.

London, 12. August. (Reuters.)

Lloyd George hat in der Angelegenheit der Verzögerung des Minister Kongresses einen Brief an Kamenev geschrieben. Er spricht darin die Hoffnung aus, daß sofortige Weisungen wegen der Durchreise der polnischen Delegierten nach Warschau und über die Entgegennahme polnischer Mitteilungen durch die russischen drahtlosen Stationen erteilt werden. Die sündige Weigerung Moskaus, Mitteilungen aus Warschau entgegen zu nehmen, sei einer friedlichen und schnellen Lösung der Krise nicht förderlich.

## Die Heeresberichte

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Kopenhagen, 12. August.

Der russische Heeresbericht vom 11. August meldet: In Richtung Biala kämpfte um den Besitz der Stadt Biala. Am 9. August besetzten wir die Städte Ciechanow und Malow. Wir machten dabei große Kriegsbeute. Südlich davon erreichten wir den Fluß Orschik. Zwischen dem Narzew und dem Bug drängen unsere Truppen den Gegner nach Westen zurück. Weiter südlich rücken wir zum Ratzelfluß vor. Am 10. August besetzten wir die Stadt Radzymin. Nach hartnäckigen Kämpfen wurde am 9. August Biala von uns besetzt. Im Abschnitt Wladimir-Wolynski besetzten unsere Truppen die Stadt Wladimir-Wolynski und setzten ihren Vormarsch fort. Im Abschnitt Brady erbeutete unsere Kavallerie ein Geschütz. Im Abschnitt Teropol-Buschatsch drängten unsere Truppen den Feind zurück, machten Gefangene und erbeuteten ein Geschütz und Maschinengewehre.

Paris, 12. August.

Der polnische Heeresbericht vom 11. August meldet: Im nördlichen Abschnitt unserer Front sind hartnäckige Angriffe des Feindes, der um jeden Preis uns von Biala zu verdrängen sucht, abgewiesen worden. Auch im Abschnitt der Gruppe des Generals Zeligowski finden schwere Kämpfe statt, doch wird der starke feindliche Druck zurückgewiesen. Im Zentrum der Front verliert der gestrige Tag ohne bedeutendere Kampfaktivität. Im Südbereich verstärkte Tätigkeit der Kavalleriearmee Budenays, die nach der letzten Niederlage sich wieder ergänzt hat. Unsere nördlichen Abteilungen konnten bis Radziemow und Chosjowo vordringen. Unsere Gegenaktion ist im Gange. Feindliche Angriffe im Abschnitt Gorodaschische und Chobaschlow wurden blutig abgewiesen. Die ukrainischen Abteilungen, die vorübergehend an der Strypa zurückgegangen waren, bemächtigten sich wieder des angegebenen Gebietes.

## Gründungsieber

Ein tolles Durcheinander herrscht scheinbar in der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands. Wir hören von Betriebsstillegungen, von Produktionseinschränkungen, von Kapitalvermehrung, von Kapitalverwässerung, von Zusammenfassung der Betriebe, von Verbindungen großer Unternehmen, von der Beteiligung ausländischen Kapitals an der deutschen Industrie, von Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Deutschland. In der kapitalistischen Welt scheint alles durcheinander zu gehen. Und so ist es erklärlich, daß vielfach die Auffassung sich bilden kann, als ob die kapitalistische Wirtschaft Deutschlands vor dem Zusammenbruch stehe. Wer jedoch genauer hinsieht, der wird bald feststellen können, daß der deutsche Kapitalismus noch längst nicht gewillt ist, vor der ihn bedrängenden sozialen Revolution freiwillig die Waffen zu strecken und sich im Gegenteil ansieht, seine Interessengebiete aufs äußerste auszuweihen und zu verteidigen. Was uns bei den erwähnten Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens planlos und widersprüchlich erscheint, das entspricht zwar der Anarchie, die in der kapitalistischen Produktion herrscht; zugleich aber werden sie von den Gesetzen gelenkt, die die Entwicklung des Kapitalismus bestimmen.

Der Ausgang des Krieges hat der deutschen Schwerindustrie eines erheblichen Teiles ihrer einheimischen Rohstoffquellen beraubt; zudem wurde die Einfuhr ausländischer Rohstoffe durch den Mangel an Transportraum und durch die Entwertung der deutschen Geldzeichen erschwert. Die Inflation, die Ausblähung der deutschen Geldzeichen, machte eine sprunghafte Erhöhung des Kapitals notwendig; zugleich verhinderte sie den rationellen Ausbau der Betriebe und die Erweiterung der Produktionsmöglichkeiten. Durch die Abtretung der lothringischen und saarländischen Besitzungen belamen eine Anzahl rheinisch-westfälischer Großfirmen, wie Stinnes, Thyssen, Stumm, Klöpper, Wolf, riesige flüssige Kapitalien in die Hand, die sie zum Ankauf und zur Angliederung anderer Unternehmen benutzten. Wir sehen, wie Stinnes seinen Einfluß auf alle möglichen Arten der Industrie und des Handels ausdehnen konnte. Die Familie Stumm kontrolliert in bunter Folge Bergwerke, Hochöfen, Walzwerke, Metallgießereien, Bauunternehmungen, Automobilfabriken und Schiffswerften. Thyssen und Luxemburg, die jedes für sich schon einen gewaltigen Konzern darstellen, vereinigen sich zu einer Interessengemeinschaft von riesenhaftem Ausmaß. Krupp geht zum Bau landwirtschaftlicher Maschinen über und gliedert sich bereits bestehende Unternehmen dieser Art an. Händlerfirmen kaufen Bergwerke, Hütten und Eisenerzgruben. Großbrauereien verschmelzen sich miteinander oder fusionieren sich mit Unternehmen der Spiritusindustrie.

Diese Verschmelzungen und Konzentrierungen greifen aber über Deutschlands Grenzen hinaus. Amerikanisches Kapital beteiligt sich an den Elektrokonzernen; um die Aktiengesellschaft Sibel in Mainz bildet sich ein deutsch-belgisch-schweizerischer Industrie- und Handels trust; die deutschen Metallgesellschaften schließen Vereinbarungen mit überseeischen Firmen ab; die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd verbrüdernd sich mit dem amerikanischen Reederkapital; französische Interessenten suchen Betätigung in der deutschen Bergwerksindustrie.

Mehrere Ereignisse auf diesem Gebiet aus der jüngsten Zeit erfordern unsere besondere Aufmerksamkeit. So hat die Phönix-Aktiengesellschaft, eines der größten Montanunternehmen in Rheinland-Westfalen, einen größeren Aktienposten der Reichertsgewerke in Hamburg erworben, wodurch sie einen außerordentlich großen Einfluß auf dieses Werk gewinnt. Schon vor dem Kriege hatte sich Krupp die Kontrolle über die Germania-Werke in Kiel und Deutsch-Luxemburg über die Nordseewerke in Emden gesichert. Während des Krieges wurden von mehreren Montanunternehmen die Hamburger Werk A.G. und die Deutsche Werk A.G. gegründet. Vor einigen Monaten erwarb Thyssen den Bremer Vulkan und die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft, die Firma Stumm die Freerichswerke in Emden. Die Verbindung der Phönix-A.G. mit der Reichertsgewerke hat aber noch größere Bedeutung als die eben genannten Vereinigungen. Die Reichertsgewerke ist neben dem Vulkan das größte deutsche Fernunternehmen. Auf ihr wurden vor dem Kriege die Ozeanriesen gebaut, durch den Verlust der deutschen Handelsflotte sind ihr soziale Aufträge für Neubauten zugesprochen, daß deren Bewältigung eine ganze Reihe von Jahren erfordert. Es fehlt ihr ebenso wie den anderen Werften an Schiffsbaustahl, den die deutsche Schwerindustrie zur Zeit nicht genügend liefern kann; sie wäre gezwungen, sich ihn zu beträchtlichen Preisen aus Amerika kommen zu lassen. Die Phönix-A.G. ist nunmehr in der Lage, die Reichertsgewerke mit diesem Material zu versorgen; damit sichert sie sich zugleich einen gewaltigen Auftragsbestand, der infolge des Bedarfs an Handelschiffen von Konjunkturschwankungen kaum betroffen werden dürfte und auf viele Jahre einen erheblichen und sicheren Gewinn in Aussicht stellt.

Eine bemerkenswerte Verbindung ist in diesen Tagen zwischen der Industrie Ost- und Westdeutschlands zustande gekommen. Die Charlottenhütte in Niederschelden,



Kreis Siegen, hat die Aktienmehrheit der obersteifischen Bismarckhütte erworben. Beide Unternehmungen gehören zu den größten ihrer Art in ihren Bezirken. Die Bismarckhütte hatte sich schon früher die westfälischen Stahlwerke in Bochum angegliedert, die im Siegerland zwei Hochofen und eine Eisenerzgrube besitzt. Nach dem Siegerlande greifen auch noch andere Großindustrielle hinüber. So hat sich in Wehlar ein neues Gemeinschaftswerk gebildet, die Buderus-Röhring-W.G. mit 30 Millionen Mark Kapital, das aus den Buderus'schen Eisenwerken in Wehlar und dem Stahlwerk Röhring in Dorsten (Westfalen) besteht.

Vor einiger Zeit ist in Hamburg die deutsche „Amstea W.G.“ als Zweigunternehmen einer Berliner Zentralgesellschaft gleichen Namens gegründet worden. Diese Gesellschaft soll, wie der Handelspreß aus Ausschichtskreisen mitgeteilt worden ist, die amerikanische Stahleinfuhr nach Deutschland fördern und in mindestens gleichem Maße die deutsche Ausfuhr, besonders von technischen Erzeugnissen, nach Amerika und anderen Erdteilen unterstützen. Die „Amstea“ ist die europäische Vertretung dreier amerikanischer Konzerne, nämlich der American Steel Export-Company, der Automotiv Products Corporation und der East European Trading Company. Diese drei Konzerne sollen 65 der bedeutendsten amerikanischen Stahlwerke, Automobilfabriken, Landwirtschafts- und andere Maschinenfabriken hinter sich haben. Nach Europa sollen Halb- und Fertigfabrikate eingeführt und Rohstoffe für den Veredelungsverkehr geliefert werden, für die Ausfuhr aus Deutschland sollen die Erzeugnisse in Betracht kommen, die hier besser oder billiger zu beschaffen sind. Die Beziehungen der „Amstea“ zu den amerikanischen Gesellschaften sollen sie befähigen, unter Ausnutzung der seit langem bestehenden Geschäfts-, Transport- und Finanzorganisationen der amerikanischen Trusts den Export geeigneter deutscher Industrieerzeugnisse nach Nord- und Südamerika sowie nach Japan und China zu fördern. Die amerikanischen Gruppen befaßen sich heute schon mit der Verwertung wichtiger deutscher Schutzrechte in den Vereinigten Staaten. Die „Amstea“ hat Zweigniederlassungen in Danzig, Dresden, Essen, München, Düsseldorf und Dortmund. Das Nordseegebiet mit Ausnahme der Elbe ist der von den größten Bremer Reedereien und Banken gegründeten Handelsgesellschaft „Merfator“ in Bremen übertragen worden. Die Hamburger „Amstea“ soll außer dem Hamburger und Elbegebiet noch Hannover, Schleswig-Holstein und Dänisch-Zütland, ferner beide Mecklenburg und vorwiegend über See die Canarischen Inseln und Madeira bearbeiten. Es sollen bereits sehr bedeutende Abschlüsse für die Ein- und für die Ausfuhr zustande gekommen sein. Wenn alle diese Ankündigungen verwirklicht werden, so haben wir es mit einem Industrie- und Handelsstraß zu tun, dessen Ausdehnung alle bisherigen Unternehmungen auf diesem Gebiet übertrifft.

So sehen wir, wie hinter dem scheinbaren Durcheinander in der kapitalistischen Welt das eine Streben immer stärker hervortritt, die Produktion zusammenzufassen, den Produktionsprozeß unter Ueberwindung der durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten immer mehr zu erweitern, die Konzentration des Kapitals immer schneller durchzuführen. Die kapitalistischen Mächte glauben, daß das alles nur zu ihrem eigenen Besten geschieht; wir aber wissen, daß der Kapitalismus sich mit seiner gegenwärtigen fieberhaften Tätigkeit das eigene Grab schaufelt. Je mehr die Konzentration des Kapitals fortschreitet, je eifriger das Kapital dabei ist, die Produktionsmethoden zu vervollkommen und zu vereinfachen, je intensiver der kapitalistische Produktionsprozeß wird, um so schneller schreitet die soziale Revolution fort, um so eher kommt der Zeitpunkt, an dem das Proletariat mit der Eroberung der politischen Macht zugleich die Umgestaltung der anarcho-kapitalistischen Produktionsweise in eine planmäßige sozialistische Bedarfswirtschaft vornehmen kann. Von der Energie und Tatkraft der arbeitenden Massen, von ihrer organisatorischen Geschlossenheit und geistigen Reife wird es abhängen, daß dieser Zeitpunkt so schnell wie möglich eintritt. Nicht fatalistisches Vertrauen auf die „selbsttätige“ geschichtliche Evolution, sondern Erkenntnis dieser Entwicklung und bewußte Willensanstrengung zur Beschleunigung dieser Entwicklung — das sind die Parolen, die das revolutionäre Proletariat gegenüber dem tolen Durcheinander der kapitalistischen Welt einzuhalten hat.

## Protest der französischen Sozialisten

Die „Humanité“ findet keine Worte für die Tat der französischen Regierung. Sie schreibt: In Paris gibt es Menschen, die einen Frieden zwischen Polen und Rußland verhindern wollen, um Polen zum Widerstand aufzureizen und es zu Grabe zu geleiten, weil sie das sozialistische Proletariat hassen. Sie haben dazu einen Krieg nötig. Die Anerkennung des Abenteuerers Wrangel bedeutet, daß Frankreich, das in den vergangenen zwei Jahren auf allen russischen Schlachtfeldern geschlagen wurde und soeben auf der Konferenz von Hythe sozial Unheil erfuhr, nach einer Revanche sucht. „Petit Parisien“ meldet, daß die englische Regierung sich darüber besage, die französische Regierung habe ihre die Anerkennung Wrangels nicht angekündigt. Es könne sich hier jedoch nur um eine unwichtige Verzögerung handeln, denn die französische Volkspartei in London sei telegraphisch von dem Auftrag verständigt worden, die Nachricht dem Sovereign Office mitzuteilen.

## Ein Funkspruch an die deutsche Regierung

H. Haag, 12. August.  
Moskau entsendet folgenden Funkspruch: Sehr dringend Berlin. Dr. Simons, Auswärtiges Amt. Es ist uns sehr dringend, zu erfahren, ob die polnischen Truppen, die sich im Abstimmungsgebiet zusammenziehen, interniert und entwaffnet werden. Wir bitten dringend die deutsche Regierung um sofortige Rückäußerung. Moskau, Volkskommissar des Auswärtigen

## Die Forderungen der schwedischen Linksozialisten

Stockholm, 11. August.  
Laut „Politiken“ nahm gestern eine große Versammlung schwedischer Jungsozialisten in Stockholm eine Resolution an, in welcher die schwedische Regierung aufgefordert wird, für den Fall eines Konfliktes zwischen der Entente und Sowjetrußland eine bestimmte und unbedingte Neutralitätserklärung abzugeben, außerdem wird sofortige Anknüpfung von Handelsbeziehungen und diplomatischer Verbindung mit Sowjetrußland verlangt.

## Die Haltung Italiens

Di. Basel, 11. August.  
Wie die „Basler Nachrichten“ aus zuverlässigster Quelle erfahren, hat Italien in Paris und London in deutlicher Weise erklärt, daß es sich an keinen Maßnahmen gegen Rußland beteiligen werde. Noch darüber hinaus hat die italienische Regierung die Rabinette von London und Paris wissen lassen, daß sie keine Truppentransporte durch Italien gestatten werde.

## Die Harmlosen Reichswehrbrigade 4 und Staatskommissar Weismann

Das Reichswehrministerium versucht in verzweifelter Abwehr die unangenehme Magdeburger Spitzelgeschichte von sich abzuschütteln. Es ist gar zu peinlich, daß gleichzeitig mit der Aufdeckung dieses ungeheuren Schwindelstutts die Beteiligung der Reichswehrbrigade 4 einwandfrei durch die Ermittlungen des Oberpräsidiums nachgewiesen ist. Da man nicht leugnen kann, sucht man nach Mitschuldigen. Das Reichswehrministerium scheint sich deshalb nicht, sich damit zu entschuldigen, daß ja auch der Oberpräsident die Spitzelberichte des Herrn Zieseniß benutzte habe. Aber darum handelt es sich gar nicht, sondern darum, daß nachgewiesen ist, daß die Reichswehrbrigade 4 eine besondere Spitzelabteilung mit Rundschaftern und einer ausgebildeten Organisation unterhält. Zu diesen Feststellungen schweigt das Reichswehrministerium bezeichnenderweise, obwohl der Reichswehrminister mehrmals öffentliche Erklärungen abgegeben hat, daß die Nachrichtenstellen im Reichswehrministerium und bei dem Reichswehrkommando, die sich lediglich mit Spitzelarbeiten beschäftigten, endlich verschwinden sollen, obwohl im Etat des Reichswehrministeriums keinerlei Mittel mehr für diese Institutionen ausgeworfen sind, so haben es die Herren Offiziere doch glänzend verstanden, diese Schwindelabriken weiter in Betrieb zu halten. Der Truppenbefehlshaber hatte die Pflicht, gewisse Nachrichten einzuziehen, um sich über die politischen Vorgänge zu orientieren, so begründet man neuerdings das Weiterwirken der Nachrichtenstellen. Wir sind begierig, was der Reichswehrminister im Reichstag zur Rechtfertigung dieser geradezu unerhörten Prellerei des Parlaments sagen wird. Der Truppenbefehlshaber beauftragt einen Offizier seines Stabes mit dieser Nachrichtenbeschaffung, und dieser arbeitet dann lustig mit Rundschaftern und Spitzeln draußlos, wie es das Magdeburger Beispiel zeigt. Wir wissen sehr wohl, daß die Kenntnisse des Herrn Weßler im Reichswehrministerium nicht weiter reichen als die vier Wände seines Arbeitsraumes, aber wenn er nicht nach allerhöchstem Vorbilde bereits fertig ausgeschnittene Zeitungen in die Hand bekommt, so müßte er doch ab und zu einmal ruhig werden über die Freiheit, mit der seine geheimen und nicht geheimen Nachrichtenstellen die Deffentlichkeit zu belügen suchen.

Eine nicht minder seltsame Rolle in dieser Spitzelaffäre spielt der Herr Staatskommissar Weismann. Es ist wirklich ein tragisches Schicksal, daß er bei allen Dingen, die über sein Ressort in die Deffentlichkeit dringen, in höchst zweideutigem Lichte erscheint. Die „Vossische Zeitung“ meldete gestern nach Informationen, die offenbar aus dem Oberpräsidium in Magdeburg stammten, daß Herr Weismann es abgelehnt habe, die Berliner Zentrale der Spitzelorganisation, die unter der Leitung des Herrn Becker steht, auszuheben, ja, daß er auch abgelehnt habe, einem Kriminalkommissar aus Magdeburg die Untersuchung dieser Angelegenheit in Berlin in die Hand zu geben. Die Erklärung des Herrn Staatskommissars, daß der Oberpräsident das Material zu früh in die Deffentlichkeit gebracht habe, so daß nach der Veröffentlichung eine Untersuchung in Berlin zwecklos gewesen sei, ist eine höchst seltsame Ausrede. Bisher war es gerade in jenen Dienstzweigen, die dem Staatskommissar unterstehen, Geseh, eine Angelegenheit, die reaktionäre Umtriebe vermuten ließ, immer erst dann energisch zu untersuchen, wenn das gesamte Material veröffentlicht war. Da ohne Zweifel der Staatskommissar von der Aushebung der Magdeburger Spitzelzentrale eher Kenntnis gehabt hat als die Deffentlichkeit, da ihm, wie wir wissen, die Verbindung der Magdeburger Organisation mit der Berliner bekannt war, so hatte er Zeit genug, um auch die Berliner Zentrale auszuheben. Herr Weismann wird deshalb der Deffentlichkeit noch eine glaubwürdigere Erklärung für sein seltsames Verhalten geben müssen, wenn er nicht will, daß man annimmt, er habe ein Interesse an der Nichtausdeckung der Berliner Spitzelorganisation gehabt.

## Eine neue Schwindelmeldung

Kaum ist die eine Pestbeule in Magdeburg aufgestochen, so beginnt sich bereits wieder an einer anderen Stelle eine Spitzelkloake zu öffnen. Gestern wußte der „Bayerische Kurier“ in München zu melden, daß die Unabhängige Sozialistische Partei und die Kommunistische Partei in München mit der Bildung eines „Gewerkschaftsrings“ beschäftigt seien. Die Hauptaufgabe dieser neuen Organisation ist die Einteilung der organisierten Arbeiter nach Waffengattungen. Diese Organisation bilde den Grundstock einer Arbeiter-Armee, die für Mitte August bereitgestellt werden solle, um der aus Rußland erwarteten Armee ehemaliger Kriegsgefangener in der Stärke von 20 000 Mann in Deutschland die Wege zu ebnen. Der Vorbereitung eines neuen Umsturzes solle auch die Errichtung von politischen Bezirkskommissionen dienen, die die Bewohner ihres Bezirkes nach ihrer politischen Gesinnung und Beteiligung zu überwachen hätten und denen die Verwaltung von Lebensmittellagern obläge.

Es wäre unnütze Zeitverschwendung, wenn man dieser Schwindelmeldung auch nur ein Wort widmen wollte! Es ist aber erhört, daß die bürgerliche Presse, an der Spitze dieses Mal der „Bayerische Kurier“, der als Lügenblatt schon einlart worden ist, immer aufs neue sich der Verbreitung derartiger Nachrichten schuldig macht!

## Die „Dragesch“ und die Spitzelzentrale

Die „Dragesch“ läßt erklären, daß sie in keinerlei Verbindung mit der Magdeburger Spitzelzentrale gestanden habe; nur eine „untere Stelle“ sei mit Nachrichten über die rabulische Bewegung „von rechts und links“ bedient worden.

Zu dieser Ablehnung wird von amtlicher Seite in Magdeburg erklärt:

Vor etwa drei Wochen hat in Magdeburg eine Sitzung der „Dragesch“ stattgefunden, an der als Vertreter der Altmannt-Nachrichtenstelle Rechtsanwalt Schaper aus Magdeburg teilgenommen hat. Die „Dragesch“ hatte die Sitzung zu dem Zweck einberufen, um in Magdeburg Fühlung mit Kreisen zu gewinnen, die es ihr ermöglichen sollten, auch im Bezirk Magdeburg eine Nachrichtenstelle für ihre Zwecke einzurichten. Rechtsanwalt Schaper, dem es als geistiger Leiter der Spitzelzentrale Altmannt daran lag, den von ihm zu schaffenden Nachrichtenapparat nicht aus der Hand zu geben, wußte die „Dragesch“ dahin zu bestimmen, sich der Nachrichtenstelle Altmannt für ihre Zwecke zu bedienen. Von diesem Zeitpunkt ab hat nicht nur die „Dragesch“ Spitzelnachrichten von Altmannt und Genossen erhalten, sondern auch ihre eigenen Vereinsnachrichten laufend an die Spitzelzentrale zu Händen des Leiters Zieseniß geschickt. Die Vereinsnachrichten der „Dragesch“ sind stets von dem Leiter der Berliner Filiale, einem gewissen Becker, Karlsbad 10, an die Magdeburger Spitzelzentrale geschickt worden. Auch der bereits in der „Vossischen Zeitung“ erwähnte Brief des Lehrers Zieseniß, der nicht abgegangen ist, aber aufgefunden wurde, ist allerdings nicht von Zieseniß entworfen,

sondern nur unterschrieben, beweist aber aufs deutlichste den inneren Zusammenhang zwischen „Dragesch“ und der Magdeburger Spitzelzentrale.

Den B. B. N. wird geschrieben: Zu der Mitteilung einiger Berliner Blätter, daß auch Oberpräsident Hörning in Magdeburg die Nachrichten des Lehrers Zieseniß ebenso wie die Reichswehrbrigade 4 entgegengenommen und benutzt habe, ist zu erklären, daß Oberpräsident Hörning eine Anzahl von Nachrichten des Zieseniß unaufgefordert erhalten hat. Er hat sie entgegengenommen, da er von vornherein davon überzeugt war, daß es sich um erlogene Mitteilungen handelte, und da es nur möglich ist, derartige Nachrichtenläufe zu verstopfen, wenn man ihnen auch bis in alle ihre Verzweigungen nachgeht. Das Vorgehen Hörnings in den letzten Tagen zeigt denn auch, wie er von vornherein die Zieseniß'schen Meldungen bewertet hat.

## Die Lage im Saargebiet

Mainz, 12. August. (Havasmeldung.)

Ueber die Lage im Saargebiet wird direkt aus Saarbrücken gemeldet: Bis gestern hat sich in der Streiklage im groben und ganzen nichts geändert. Die Führer der Arbeitergewerkschaften suchen Verhandlungen zwischen der Regierungskommission und der Hauptstreikleitung herbeizuführen. Der kommandierende General veröffentlicht einen Anschlag, nach dem in Anbetracht der tadellosen Haltung der Bevölkerung des Saargebietes der Patz wagt aufgehoben und der Straßenverkehr bis nachts 12 Uhr freigegeben wird. Die Zeitungen können unter Vorzensur erscheinen.

Ludwigshafen, 12. August.

Die „Vossische Post“ berichtet über den Beamtenstreik im Saargebiet, daß zwischen der Hauptstreikleitung und der Regierungskommission in Saarbrücken mündliche Verhandlungen stattgefunden haben. Der Präsident der Saarregierung Raoult gestand den Beamten das politische Koalitionsrecht zu, jedoch dürfen keine alldutschen Verbindungen in Frage kommen. Generalsekretär Maurice gestattete den Unterbeamten, Mitglieder der bisherigen Organisationen zu bleiben unter der Bedingung, daß keine politischen Ziele verfolgt werden. Ueber weitere Zusagen wird noch verhandelt. Die Hauptstreikleitung erließ eine Rundgebung, in der versichert wird, daß die Bewegung keine politische Tendenz verfolge, sondern ein rein familiärer Kampf um die politische und persönliche Freiheit und die Rechte der Beamten sei. Bis jetzt ist eine Aussicht auf baldige Beilegung der Differenzen nicht vorhanden.

## Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Kopenhagen, 12. August.

Die erste Sitzung des neugewählten Exekutivkomitees der dritten Internationale fand am 7. August statt. Zu Mitgliedern wurden gewählt: Für Deutschland Leon, Frankreich Rosmer, England Quack, Amerika John Kid, Italien Serrati, Oesterreich Steinhard, Standinavien Friis, Bulgarien Schablin, Jugoslawien Mitkisch, Ungarn Rudnjansk, näherer Osten Sultan Zade, fernerer Osten Pal, Finnland Panner, Holland Begnlop. Die russische kommunistische Partei hat laut Kongreßbeschlus 5 Mann delegiert, und zwar Sinowjew, Bucharin, Kodel, Tomal (?) und Kobedi. Die Kandidaten sind Lenin, Trozky, Versin, Stalin, Pawlowsch und Tschitscherin. Außerdem gehören dem Exekutivkomitee noch mehrere stimmberechtigte Vertreter der verschiedenen Parteigruppen an. Die Vorsitzenden sind Sinowjew, Bucharin, E. Meyer, Rudnjanski und Kobedi. An Stelle des an die Front verreisenden Kodel wurde zum Sekretär des Exekutivkomitees, Kobedi gewählt.

## Das kriegsbereite Ungarn

Di. Wien, 11. August.

Nach den Budapest Blättern herrscht in der ungarischen Hauptstadt allgemein eine Kriegsstimmung, ähnlich der im Jahre 1914. Die Straßen durchziehen fortwährend Truppen, Anhänger des „Erwachenden Ungarns“ und Studenten, patriotische Lieder singend und Hochrufe auf den Krieg ausbringend. Der Einfall im Karpathenland steht unmittelbar bevor, alle Vorbereitungen sind bereits getroffen. Die militärischen Hauptkräfte sind in Nyregyhaza und Eszornol konzentriert. Panzerzüge sind aus Oedenburg an die Grenze gebracht worden. Einzelne an der österreichischen Grenze stehende Grenzschutztruppen haben Befehl erhalten, sich für den Abmarsch nach Karpathenland bereit zu halten. In offiziellen Kreisen gibt man ganz offen zu, daß der Einmarsch in Karpathenland der Auftakt eines Krieges sei, dessen Zweck die Rückeroberung der verlorenen Gebiete sei.

Ein Pandarbeiterattentat in Gassen. Die Verhandlungen, die zwischen den Organisationen der landwirtschaftlichen Unternehmer und Arbeiter über den Abschluß eines Tarifvertrages für den Regierungsbezirk Dresden stattgefunden haben, führten zu einer endgültigen Einigung der Parteien. Der Tarifvertrag gilt rückwirkend vom 1. d. M. ab und läuft bis zum Jahreschlus.

Verhaftung italienischer Soldaten in Allenstein. Wie die „Dona“ erzählt, sind die drei italienischen Soldaten, die einen Wachtmeister der Sicherheitspolizei angriffen und tödlich verletzten, in Haft genommen worden; sie werden nach der Mitteilung der italienischen Delegation in Allenstein mit der vollen Strenge des Gesetzes bestraft werden.

Explosionsunglück in Dortmund. Im Neuen Martinwerk des Stahlwerks Hoersch in Dortmund explodierte eine noch gefüllte Granate, die sich unter den dem Stahlwerk zum Einschmelzen übergebenen andgedicht geleerten Granaten aus alten Heeresbeständen befand. Die Zahl der Verunglückten beläuft sich auf 11 Personen. Bei drei von ihnen besteht Lebensgefahr.

Zahlreiche Ruhrerkrankungen bei Karlsruhe. In der Gemeinde Malsch bei Karlsruhe sind innerhalb weniger Tage 1200 Personen an der Ruhr erkrankt. Die Zahl der Toten ist erheblich.

Einbrecher in einem Schloß. Nach einer amtlichen Meldung haben Einbrecher dem historischen Schloß Hohenzieritz bei Neukirch, in dem die Königin Luise gestorben ist, einen Besuch abgestattet. Das Schloß ist seit dem Tode der Königin nicht mehr bewohnt und in demselben Zustande belassen worden. Die Einbrecher haben 12 Tassen und ein Schreibzeug geraubt.

Ein- und Ausfuhr in Großbritannien im Juli. Nach Angabe des Handelsamtes hat die Einfuhr in England im Juli 122 Millionen Pfund Sterling betragen, während die Ausfuhr sich auf 137 Millionen bezifferte. Es sind dies 10 und 72 Millionen Pfund mehr als im Juli des vorigen Jahres.

Auch beim Papst wird gestreift. Laut „Corriere della Sera“ sind die Angestellten des Vatikan zwecks Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage in den Streik getreten. Die Angehörigen der vatikanischen Gärten haben beschlossen, bis zur Bewilligung ihrer Forderungen nur einen Teil der Arbeiten zu verrichten.

Die Räumung Valonas. Der „Secolo“ erzählt, daß die Räumung Valonas durch die italienischen Truppen rasch vor sich geht. Im Hafen von Brindisi sind verschiedene Dampfer mit Truppen angekommen. Die Truppen beginnen mit dem Aufräumen der Depots. Das Kriegsmaterial, das sich in Valona befindet, soll verkauft werden. Die wenigen italienischen Soldaten sollen am 17. August die Stadt verlassen.



# Der Gildensozialismus

Von Otto Bauer

II. (Schluß)

Der Gildensozialismus begründet seine praktischen Vorschläge und seine theoretischen Zukunftsbilder mit Gedankengängen, die aus der spezifisch angelsächsischen Spielart der Demokratie hervorgegangen sind. Die Demokratie hat sich in England ganz anders entwickelt als auf dem Festlande. Hier hat der Absolutismus schon die feudalen „Freiheiten“ der Individuen, der Städte, der Provinzen zerstört und das ganze Land seinem bürokratischen Herrschaftsapparat unterworfen. Die bürgerliche Revolution hat diesen Prozeß nicht rückgängig gemacht, sondern abgeschlossen. Nach der bürgerlichen Revolution blieb das Land von der bürokratischen Maschinerie, die von einer Zentralgewalt aus geleitet wird, beherrscht, und geändert hat sich nur das, daß diese Zentralgewalt selbst nicht mehr von einem Selbstherrscher, sondern von einem aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Parlament eingeseht und kontrolliert wird. Anders in England. Dort ist der Absolutismus nie zur Entwicklung gekommen. Er hat den bürokratischen Herrschaftsapparat nie zu schaffen vermocht. Die feudalen „Freiheiten“ der Individuen, der Städte, der Grafschaften sind nie zerstört worden. Die bürgerliche Revolution bestand hier vielmehr darin, daß die „Freiheiten“, die die Barone, die Gentry, das städtische Patriziat den Plantagenets, den Tudors, den Stuarts abgerungen hatten, zum Erbe zuerst der Bourgeoisie, schließlich der Volksgesamtheit wurden. An die Stelle der „korrupten Parlierbermalungen, geldhahernden Stadträte, wußtahnenden Armenverwalter in den Städten und der tatsächlich erblichen Friedensrichter auf dem Lande“ (Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Berlin 1891, Seite 48) setzten die Reformgesetze von 1832, 1868 und 1884 die demokratischen Selbstverwaltungskörper in der Grafschaft, im Distrikt, im Kirchspiel. Daneben ihrem grundverschiedenen Ursprung trägt die englische Demokratie ganz andere Charakterzüge als die kontinentale. In Frankreich wählt die Volksgesamtheit das Parlament, aus ihm wird die Regierung gebildet und diese Regierung verwaltet und beherrscht das ganze Land durch ihre Bürokratie; der einzelne Bürger und die einzelne Bevölkerungsgemeinschaft können den Verwaltungsapparat nur mittelbar, nur durch die Teilnahme an der Parlamentswahl beeinflussen. In England dagegen verwaltet das Volk seine Angelegenheiten im Kirchspiel, im Distrikt, in der Grafschaft selbst; es läßt in den lokalen Selbstverwaltungskörpern sein „selfgovernment“, seine Selbstregierung aus. Der Staat ist nur der oberste Selbstverwaltungskörper, der die dem ganzen Lande gemeinsamen Angelegenheiten verwalten soll, aber die Selbstregierung der einzelnen Grafschaften, Distrikte, Kirchspiele nicht beengen darf. Das „selfgovernment“ der lokalen Verbände innerhalb des Staates ist die Grundlage der englischen Demokratie.

Der Gildensozialismus überträgt nun die Grundzüge der englischen Demokratie vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet. Bedeutet die politische Demokratie, daß sich das Volk nicht mehr von einem König oder einer Oligarchie regieren läßt, sondern sich selbst regiert, so solle es sich nunmehr auch im Wirtschaftsleben nicht mehr von einer Kapitalistenklasse regieren lassen, sondern sich selbst regieren; Sozialismus ist nichts anderes als „industrial democracy“, wirtschaftliche Demokratie. Und die Demokratie wird nun in englischem Sinne verstanden: wie die politische Demokratie auf dem „selfgovernment“, der Selbstregierung der Städte und Grafschaften beruht, so müsse die wirtschaftliche Demokratie auf das „selfgovernment“ der einzelnen Industriezweige und Betriebe gegründet werden. Wie die englische Demokratie die Regierung der lokalen Verwaltungssprengel durch von der Zentralregierung entsendete Beamte ablehnt, müsse sie den Staatssozialismus ablehnen, der die wirtschaftlichen Verwaltungsbereiche der Leitung von der Zentralregierung bestellter Beamten überträgt. Wie die politische Macht des Staates begrenzt ist durch das Recht der lokalen Verwaltungssprengel auf die Selbstregierung, müsse auch die wirtschaftliche Macht des Staates durch das Recht der einzelnen Industriezweige auf Selbstregierung beschränkt werden. So definiert der Gildensozialismus das Ziel als „industrial selfgovernment“, wirtschaftliche Selbstregierung.

Indem sich der Gildensozialismus die Prinzipien der englischen Demokratie aneignet, um sie auf das wirtschaftliche Gebiet anzuwenden, nimmt er auch den ganzen altenglischen Individualismus in sich auf, der diesen Prinzipien zugrunde liegt. Er tritt als der Verfechter der Freiheit des einzelnen Arbeiters und der einzelnen Arbeitergruppe gegen die Staatsgewalt auf. Er lehnt den Staatssozialismus ab, weil die Verwaltung der Industrie durch den Staat nichts anderes bedeuten würde als die Unterwerfung der einzelnen Arbeitergruppen unter eine allmächtige Bürokratie. Er erklärt, daß die Freiheit der Arbeiter mit der Leitung der Industrie durch vom Staat bestellte Beamte, und seien es selbst Beamte eines von der Arbeiterklasse beherrschten Staates, ebenso wenig vereinbar sei wie mit der Beherrschung der Industrie durch kapitalistische Unternehmer. Er geht schließlich so weit, im Interesse der Freiheit der einzelnen Arbeiter und der einzelnen Arbeitergruppen die Teilung der Kontrolle der Industrie zwischen Arbeitern und Unternehmern der alleinigen Beherrschung der Industrie durch den Staat vorzuziehen. (Cole, a. a. O., Seite 93.) Und gerade aus diesem Gedanken folgt seine Stellung zur sozialen Revolution. Der Staatssozialismus, der die Leitung der Betriebe einer Fabrikbureaucratie, die von der vorgeschrittenen, den Staat beherrschenden Minorität der Arbeiter bestellt wird, überträgt, der von den Arbeitern „widerspruchsvolle Unterordnung“ (Lenin) unter die vom Staat bestellten Leiter des Produktionsprozesses fordert und sie zur Durchsetzung dieser Unterordnung mit weitgehenden Disziplinarrechten (Trotski) ausstattet, ein solcher Staatssozialismus ist gewiß immer möglich, welche Entwicklungsstufe immer die Arbeiterklasse erreicht hat; ein Sozialismus dagegen, der auf die „selfgovernment workshop“, auf den sich selbst regierenden Betrieb aufgebaut werden soll, ist erst dann möglich, wenn die Arbeiterklasse durch allmähliche Ausdehnung ihrer Kontrolle über die Industrie die intellektuellen und moralischen Fähigkeiten, die die industrielle Selbstregierung voraussetzt, schon erworben hat. Die Arbeiterklasse muß vorerst ihre gewerkschaftlichen und politischen Kampfmittel besitzen, um ihre Kontrolle über die Industrie immer weiter auszuweiten, ehe sie in der Praxis dieser Kontrolle selbst fähig wird, nicht nur die Kapitalisten aus der Industrie hinauszuschleudern, sondern auch die Verwaltung der Industrie selbst zu übernehmen.

Der Bolschewismus ist im Schoße der russischen Sozialdemokratie aus einem Streit um die Organisationsform der sozialdemokratischen Partei entstanden. Die Menschewiki wollten die Partei als eine Föderation demokratischer, von den Arbeitern selbst gebildeter Organisationen konstituieren. Die Bolschewiki fürchteten, der Eintritt der ungeschulten, nur auf ihre nächsten wirtschaftlichen Interessen bedachten Arbeiter in die Organisation könne den revolutionären Charakter der Partei schwächen. Nur kleine Komitees von „professionellen Revolutionären“, von einem Zentralkomitee einheitlich geführt, sollten nach Lenins Organisationsplänen von 1902 und 1903 die Partei bilden und sich die von ihnen zu organisierenden und zu führenden Arbeiter unterordnen. Der Gedanke der „Diktatur der revolutionären Organisation über die Massenbewegung“ hat die Bolschewiki von den Menschewiki geschieden. (Zegorow, Satrowskije političeskije partij. In „Obščestvennoje dviženije w Rossii“, ed. Martow, Petersburg 1909, 1. Band, Seite 408.) Diese Diktatur einer straff zentralisierten revolutionären Organisation über die Massenbewegung verwirklicht die Bolschewiki heute nicht mehr im engen Maßstab einer kleinen Parteiorganisation, sondern in dem ganzen gewaltigen Rußland. Die Diktatur einer straff zentralisierten, von den „professionellen Revolutionären“ beherrschten Staatsgewalt über alle Arbeitskräfte und Arbeitsstätten — das ist der Bolschewismus. Es ist der Sozialismus der Ideologen der Arbeiterbewegung, denen die Massenbewegung des Proletariats nur das Instrument zur Verwirklichung eines sozialen Ideals ist und die, wie sie selbst im revolutionären Kampf kein Opfer gekostet haben, ihr Ideal verwirklichen wollen um jeden Preis, auch wenn die Masse zuerst durch eine Wüste des Hungers, der Kälte, der Staatstuechtigkeit, des Krieges hindurchgehen muß, um das gelobte Land zu erreichen.

Der Gedanke der industriellen Demokratie dagegen ist erwachsen aus der kämpfenden Arbeitermasse selbst. Wenn die Arbeiterschaft in der Praxis des gewerkschaftlichen Kampfes ihren Einfluß auf die Industrie stetig verstärkt, erwacht in ihr der Gedanke, ihre Kontrolle über die Industrie stetig so weit auszudehnen, bis sie selbst die Industrie ganz übernehmen kann. Und wie die Arbeiterschaft ihre gewerkschaftliche Aktion verstärkt durch die politische Aktion der Partei, so der sich die einzelnen Gewerkschaften, unter voller Wahrung ihrer Autonomie in industriellen Dingen, vereinen, so denkt sie auch den sozialen Staat der Zukunft als eine Föderation der autonomen, „nationalen Gilden“. Das ist nicht der Sozialismus von Ideologen, denen das Proletariat nur das Instrument der Idee ist, sondern der Sozialismus der Arbeiterbewegung selbst, die sich in der und aus der täglichen Praxis des Kampfes in der Werkstätte ihre eigene Idee formt.

Der russische Bolschewismus und der englische Gildensozialismus sind, obwohl sie ihre Gedankengänge in der Polemik gegen den parlamentarischen Staatssozialismus einander sehr nähern, die schroffsten Gegensätze innerhalb der sozialistischen Gedankenwelt. Das russische Proletariat ist erwachsen im revolutionären Kampfe gegen den Zarismus. Es hat an die Stelle der allmächtigen Staatsgewalt des Zarismus eine ebenso allmächtige Staatsgewalt des Proletariats gesetzt. Sein Sozialismus stellt an die Stelle der schrankenlosen Herrschaft des Kapitalisten im Betrieb die ebenso schrankenlose Herrschaft des Beauftragten der Staatsgewalt, die selbst nichts anderes mehr ist als das Herrschaftsinstrument der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse. Das englische Proletariat dagegen hat sich entwickelt auf dem Boden einer Demokratie, die argwöhnisch die Freiheit des Individuums, die Selbstregierung der Gemeinden gegen jeden Eingriff der Staatsgewalt, und sei es eine noch so demokratisch gebildete Staatsgewalt, hütet; sein Sozialismus ist daher vor allem darauf bedacht, die Freiheit der Arbeiter, die Selbstregierung der einzelnen Industriezweige gegen jeden Übergriff der Staatsgewalt, und sei diese Staatsgewalt selbst von der Arbeiterklasse beherrscht, zu schützen. Und in diesem Gegensatz drückt sich nicht etwa nur die nationale Verschiedenheit der russischen und der englischen Arbeiterklasse aus, die der Niederlegung ihrer verschiedenen Geschichte, ihrer verschiedenen Traditionen, der Verschiedenheit der ihnen überkommenen Ideologien ist. In diesem Gegensatz erkennen wir vielmehr die Verschiedenheit der Denkweise des Proletariats überhaupt auf verschiedenen Stufen seiner Entwicklung.

Die ursprüngliche und stärkste Triebkraft des Sozialismus ist die Auflehnung gegen die wirtschaftliche Ungleichheit. Der Arbeiter verleiht seine Not mit dem Reichtum des Kapitalisten. Er will die Macht an sich reißen, um „das Geraubte zu rauben“, um die wirtschaftliche Gleichheit aller erzwingen zu können. Es hat des Despotismus der absoluten Monarchien vom 15. bis zum 18. Jahrhundert bedurft, um die tausendfältigen Verschiedenheiten der „Rechte“ und „Freiheiten“ der feudalen Epoche auszugleichen, die allgemeine Rechtsgleichheit zunächst in der gleichen Rechtlosigkeit aller gegenüber der Willkür der absoluten Fürstengewalt herzustellen und dadurch erst die Basis zu schaffen, auf der die bürgerliche Revolution die Gleichheit aller vor dem Gesetz verwirklichen konnte. So bedarf es auch einer despotischen Diktatur des Proletariats, um in kurzer Frist, mit rücksichtslos geführten Schlägen gegen alle Widerstände der Begünstigten die Vermögen und Einkommen aller einander anzugleichen. Der urwüchsigste Gleichheitskommunismus führt zur Diktatur des Proletariats.

Wo aber das Proletariat schon durch eine längere Periode sozialistischer Demokratie und proletarischer Organisationen hindurchgegangen ist, dort sproßt der Sozialismus aus einer anderen Wurzel. Die Hebung der Volksbildung, die rege Teilnahme an politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen, die Selbstregierung in der Schlichtung und den gewerkschaftlichen Kämpfen veranlaßt, lassen den Arbeitsplänen der Vergangenheit allmählich zur freien, selbstbewußten Persönlichkeit wachsen. Und in dem Maße, als der Arbeiter zur Persönlichkeit wird, wird sein Freiheitsdrang zur stärksten Triebkraft seines Denkens und Handelns. „Es ist nicht nur und nicht so sehr die Ungleichheit des Reichtums, sondern nicht die Arbeiterorganisation, die reichere Maße, die die Arbeiterschaft den Gegensatz in der Verteilung, die die Arbeiter zum Kollektivismus führen, als der Protest gegen die Willkür des individuellen Unternehmertums, als das Ideal der freien Werkstätte (Levine, The labour movement in France, London 1912, Seite 187).“ Wie sich der freie Mann im Staate nicht mehr einem König unterwerfen will, den nur der Zufall des Erbes zu seinem Herrn gemacht hat, auch wenn die Macht dieses Königs durch eine Verfassung eng begrenzt ist, so will er auch im Betrieb nicht mehr einem Herrn von des Erbes Gnaden unterworfen sein, auch wenn die Gewerkschaft die Macht dieses Herrn schon wesentlich eingeschränkt hat. Der Freiheitsdrang führt jetzt den zur Persönlichkeit gereiften Arbeiter zum Sozialismus. Aber solcher Freiheitsdrang findet seine Befriedigung nicht in einem despotischen Sozialismus, der eine allmächtige Zentralgewalt, und sei es auch eine von der Arbeiterklasse eingesehene Zentralgewalt, zur Herrin jedes Betriebes, jedes Arbeiters macht, sondern nur in einer Gesellschaftsordnung, die jedem Individuum eine breite Sphäre freier Betätigung, jeder Arbeitsgemeinschaft breite Selbstverwaltung sichert. Aus dem Freiheitsdrang eines hochentwickelten Proletariats erwacht das Ideal der industriellen Demokratie, des industrial self-government.

Die Entwicklung des Kapitalismus selbst fördert diese Wandlung des proletarischen Ideals. Im Zeitalter des Manchesterliberalismus stellte das Proletariat der kapitalistischen Anarchie den Sozialismus als das Prinzip planmäßiger sozialistischer Ordnung des Wirtschaftslebens entgegen. Im Zeitalter des Staatskapitalismus tritt der Sozialismus der Allmacht der Staatsgewalt, der bürokratischen Beherrschung des Wirtschaftslebens entgegen als das Prinzip des industrial self-government. „Wie einer denkt, daran kann man sehen, was ihm fehlt“, sagt Goethe.

Auch in Rußland hat das Proletariat die nationalisierte Industrie anfänglich in Formen zu organisieren versucht, die den Organisationsplänen des englischen Gildensozialismus nicht unähnlich waren. Dort aber, wo ein noch rückständiges, kaum erst organisiertes, in keinerlei Kontrolle über die Industrie geübtes Proletariat mit einmal die ganze Industrie verwalten sollte, ist das nicht gelungen. Die Anarchie in den Betrieben hat die Sowjetmacht auf die Bahn des Staatssozialismus in seiner schärfsten, brutalsten Form gezwungen. In Mittel- und Westeuropa findet die soziale Revolution ein kulturell höher stehendes, besser organisiertes Proletariat vor; hier sind die Bedingungen für die unmittelbare Mitwirkung der Arbeiter an der Leitung der Industrie ungleich günstiger. Trotzdem würde die Diktatur des Proletariats auch hier nicht zum industrial self-government führen. Denn die Diktatur des Proletariats würde hier in der Intelligenz im Kleinbürgertum, in der Bauernschaft auf viel stärkere Widerstände stoßen und sie hätte unvergleichlich schwierigere wirtschaftliche Krisen zu überwinden, unvergleichlich größere wirtschaftliche Probleme zu lösen als in Rußland. Sie müßte sich hier noch viel mehr als dort auf die Gewalt stützen. Sie müßte sich hier noch schneller als dort einen gewaltigen Herrschaftsapparat schaffen, um die Sabotage der widerstrebenden Klassen zu brechen und die notwendige berufliche Umschichtung der Massen zu erzwingen. Die ungeheure Aufgabe, die hier eine Proletariatsdiktatur zu bewältigen hätte, könnte — das wird unsere Analyse des ökonomischen Sozialisierungsprozesses im nächsten Vortrage noch anschaulicher machen — nicht anders gelöst werden als mittels der terroristischen Gewalttätigkeit einer zentralen Staatsgewalt über alle Arbeitskräfte und alle Arbeitsstätten. Diktatorische Gewalttätigkeit und self-government sind unvereinbare Gegensätze. Die Diktatur des Proletariats wird unvermeidlich zur Diktatur über breite Massen des Proletariats, die die Herrschaft ihrer Klasse mit dem Verzicht auf die Freiheit der Individuen und der Gruppen innerhalb der Klasse erkauft müssen. Keine Klasse freibewußter Persönlichkeiten, kein hochentwickeltes Proletariat wird durch längere Zeit die Diktatur in Staat und Werkstätte ertragen; die Diktatur kann im modernen Industriestaat bestenfalls nur kurze Uebergangsstufe sein. Zum Aufbau des industrial self-government führt nicht die Diktatur, sondern nur planmäßige Ausdehnung der Demokratie aus dem politischen Bereich auf den der Volkswirtschaft.

# Die „Siedlung“ des Freikorps

Hier ist Arbeit für den Entwaffnungskommissar

Die Breslauer „Volkswacht“ berichtet: Das Freikorps Rühme ist Ende Mai aufgelöst worden. Ein Teil der Mannschaften ist in die Reichswehr übernommen worden, der größte Teil, etwa 300 Mann, ging mit Hauptmann Rühme zur Siedlung Lagerheide bei Celle in Hannover. (Mit Genehmigung des Landwirtschaftsministeriums.)

Im Material wurde folgendes mitgenommen: Die umfangreiche Bataillonskammer, circa 80 Pferde mit Geschir, 40 Wagen, 5 bis 6 Lastautos mit Lebensmittel, davon allein über 100 Zentner Wärsfleisch, 6 Lastautos, 2 Personenautos, nach meiner Schätzung circa 100 Gewehre, 5 bis 6 Maschinengewehre, 2 leichte und ein schwerer Minenwerfer, außerdem eine ungeheure Menge Munition, so daß der Transport von Eisenburg nach Ehlershausen rund 80 Wagen ausschließlich Personenzüge stark war.

Von der Siedlung kommen andauernd Leute zurück, die dort herausgeworfen werden. Auf Befragen erklären diese, daß sie genau so wie die früheren Bataillonangehörigen von den 90 000 Mark Kantingeldern, richtiger Geldern aus dunklen Fonds, keinen Pfennig erhalten haben. Weiter, daß Munition und Waffen in der zweiten oder dritten Nacht in der Umgegend vergraben sind, einige Lastautos sich in Magdeburg befinden und dort als Fahrgemeinschaft Geld verdienen. Ein Personenauto ist in einem Strohhof untergebracht und vor den Augen der Mittwelt verschwunden. Es wird von leiten der Offiziere beabsichtigt, sämtliche Leute bis auf 70 herauszubringen, um so eine Versorgungsanstalt für die 7 oder 8 Herren einzurichten. Die Leute werden auch jetzt noch angehalten, ihre früheren Vorgesetzten in militärischer Form zu grüßen. Jeden Sonntag wird Appell abgehalten. Von einer Genossenschaft kann keine Rede sein, da man diese erst für nächstes Jahr, Oktober, vorzulegen hat. Die Mannschaften der Batterie, die am meisten Zuneigung für die Siedlung hatten, sind samt und sonders weggegangen, auch fast alle verheirateten Leute, die größtenteils Kapitalisten waren, haben gesehen, daß dort keine Zukunft für sie vorhanden ist.

Höchstwahrscheinlich hat die Ententekommission irgendwelche Nachrichten bekommen, denn vor etwa 3 Wochen erschien ein englischer Major in Begleitung des Hauptmanns Stulpnagel vom VI. A. R. als Dolmetscher und forschte eingehend nach dem Verbleib der Waffen des Freikorps. Der Offizier der Abwicklungsstelle, Oberleutnant von Berlin, ließ sich vor diesem Herrn nicht bilden, ein Feldwebel mußte die Auskunft geben, die jedoch nichtsagend war, da die Fragen von dem Hauptmann so gestellt wurden, daß so leicht nichts von oben genanntem Waffenlager an die Öffentlichkeit gelangen konnte.

# Von der Sozialisierungskommission

Ueber den Stand der Arbeiten der Sozialisierungskommission wird mitgeteilt: Die Kommission hat unmittelbar nach ihrer Unternehmung 16. April 1920 erfolglos Neueinberufung mit ihren Arbeiten begonnen. Sie hat sich durch Hinzutritt von fünfzehn Mitgliedern auf dreißig Mitglieder ergänzt. Mit den sachlichen Arbeiten hat die Kommission sofort begonnen und hat in Unterausschüssen und Plenum in den verfloßenen drei Monaten 22mal getagt. Die zunächst in Angriff genommene Erörterung der Kohlenfrage ist abgeschlossen. Der schriftliche Bericht darüber wird im Laufe des August der Regierung mitgeteilt und dann sofort der Öffentlichkeit übergeben werden (Berlag Hans Robert Engelmann-Berlin). Die Beratungen über die Zementwirtschaft gehen ihrem Abschluß entgegen, die über die Kaliwirtschaft stehen vor ihrem Beginn.

Die Arbeiten über die Sozialisierung durch Übernahme einzelner Industriezweige seitens der Gemeinden (Kommunalisierung) waren Mitte Juli abgeschlossen. Die inzwischen gefaßten Beschlüsse des Städtetages haben eine Wiederaufnahme der Beratungen über einzelne Punkte nötig gemacht. Der abschließende Bericht, der mit als Unterlage für das in Aussicht stehende Gesetz dienen soll, wird nunmehr im September erscheinen.

Die weiteren Arbeiten der Sozialisierungskommission sollen insbesondere auch der Eisenwirtschaft, dem Wohnungswesen, sowie der besseren gemeinwirtschaftlichen Ausgestaltung der bereits durch Verstaatlichung dem Privatkapital entzogenen Betriebszweige (Reichseisenbahn, Reichspost) gewidmet sein.

Die Sozialisierungskommission arbeitet schon über anderthalb Jahre, ohne daß eine Regierung — weder die frühere mit den Rechtssozialisten, noch die jetzige mit der Deutschen Volkspartei — sich veranlaßt fühlt, das Ergebnis jener Beratungen in die Praxis umzusetzen. Worte haben wir nunmehr schon genug gehört, nun wollen wir auch endlich Taten in der Sozialisierung sehen!

# Ein verdächtiger Professor

Herr Professor Dr. Dammmer hat in einem Artikel in der „Volkswirtschaft“ dargelegt, daß wir eine Koggenmihernie haben werden. Ausgehend von pflanzenbiologischen Betrachtungen kommt er zu dem Schluß, daß die verspätete Aussaat im Vorjahre, die durch die Landarbeitersstreiks verursacht worden sei, die Schuld an diesem Unglück trage. Die gesamte Reichspresse drückt selbstverständlich Herrn Dammmer nach und knüpft an die Aussage dieses „unverdächtigen Zeugen“ ihre gehässigen Bemerkungen gegen die Landarbeiter.

Zunächst: Ein Professor, der sich um die Streiks der Arbeiter und ihre Folgen kümmert, ist nie unverdächtig. Sodann sind die Habsposten über die Misperte reichlich übertrieben und der Zweck dieser Übertreibungen ist allzu durcheinander. Vielleicht ist das dem Professor nicht klar geworden. Wenn aber wirklich alles wahr ist, was Herr Dammmer schreibt, und wenn die Streiks der Landarbeiter wirklich Schuld an dem Unheil sind, wer ist denn Schuld an den Landarbeitersstreiks? Doch nur die Großgrundbesitzer die auch nach dem November 1918 noch glauben sie könnten weitesthin aus der Rot des Volkes Millionen schöpfen und dabei die Landarbeiter nach wie vor nach Gefallen ausbeuten. Sie mußten eines anderen belehrt werden, und da ihre Schüssel hart sind, mußte das stärkste Mittel, der Streik, Anwendung finden. Von 100 Streikbewegungen haben 99 bestimmt ihre Ursache in der Unzulänglichkeit und dem Herrtum der Unternehmer.

Das mag sich der Herr Professor einprägen für den Fall, daß er wieder einmal zu diesem Thema das Wort ergreifen sollte.

# Holz wird nicht ausgeliefert

Von der deutschen Regierung war von der Tschechoslowakei die Auslieferung des dorthin entflohenen Kommunistenführers Max Högl, der im Anschluß an die Kapitulation im Postlande eine Käte herrschaft errichtet hatte, verlangt worden. Wie der Rechtsbeistand Högl, Rechtsanwalt Rogowitsch in Celle, nunmehr mittelt, ist ihm aus Prag die Mittelung geworden, daß die tschechoslowakische Regierung die Auslieferung abgelehnt habe. Ihr Standpunkt sei, Högl habe sich keine gemeinen Verbrechen, sondern nur politische Verbrechen zuschulden kommen lassen, die eine Auslieferung nicht rechtfertigen würden.

Das Entwaffnungsgesetz ist am 11. August in Kraft getreten. Die Dienstämter des Reichskommissars befinden sich im Reichsministerium des Innern, Berlin, Königsplatz 6. Der Entwurf der Ausführungsbestimmungen wird in den nächsten Tagen mit den beteiligten Reichsressorts und Johann mit Vertretern der Länder erörtert werden. Er bedarf alsdann der Zustimmung des vom Reichstag gewählten Beirats.

Folgen schwere Explosion in Norwegen. Nach einem Telegramm aus Christiania ereignete sich in Drammen in einem Eisenwarengeschäft eine furchtbare Explosion. Die Mauern stürzten zusammen und das Gebäude geriet in Brand. Auch das benachbarte Grand Hotel wurde schwer beschädigt. Man vermutet, daß 8 Personen getötet sind. 15 Verwandte wurden ins Krankenhaus gebracht. Bis her wurden zwei Leichen gefunden.







### Gewerkschaftliches

#### Schiedspruch für die Binnenschifffahrt

Am 28. Juli d. J. ist im Reichsarbeitsministerium ein Schiedspruch über die Entlohnung des Binnenschiffahrtspersonals gefällt worden. Diesen Schiedspruch haben die Arbeitnehmer namentlich angenommen, ebenso die Arbeitgeber für die Gruppen „Elbe, Lübeck und Oder“, dagegen haben die in der Gruppe „Märkische Wasserstraßen“ vereinigten Arbeitgeber erklärt, sie müßten den Schiedspruch ablehnen. Sie seien durch den Wettbewerb der Eisenbahn und die ungünstige wirtschaftliche Gesamtlage so schwer in Mitleidenschaft gezogen, daß ihnen die Bewilligung von Zuschlägen zu den Löhnen nicht möglich sei. Eine Erhöhung der Löhne würde sie zu einer weitergehenden Entlassung von Schiffsmannschaften zwingen.

#### Achtung, Tiefbauarbeiter!

Die Nachzahlung von 60 Pf. pro Stunde ab 29. Mai erfolgt spätestens am 14. August. Die Unternehmer sind von ihrer Organisation durch Rundschreiben davon in Kenntnis gesetzt. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß Nachforderungen nur bis zum 31. August gestellt werden können. Alle Kollegen, die inzwischen ihre Arbeitsstelle gewechselt haben, wollen ihre Ansprüche rechtzeitig geltend machen.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Berlin.  
Die Sektionsleitung.

### Groß-Berlin

#### Bevorstehende Verkürzung der Polizeistunde

Das Kohlenabkommen von Spaa und die damit in Verbindung stehende geringe Verlorenung Deutschlands mit Kohle zwingt naturgemäß zu neuen Einschränkungen des Kohlenverbrauchs. Es liegt auf der Hand, daß zuerst dort gespart wird, wo Kohle resp. die in Licht oder Kraft umgesetzte Kohle am leichtesten zu entbehren ist. In erster Linie kommt dafür die Beleuchtung öffentlicher Lokalitäten in Betracht. Nachdem erst vor einigen Monaten die Polizeistunde heraufgehoben worden ist, muß sie notwendigerweise wieder verkürzt werden. Gestern vormittag fand im Reichswirtschaftsministerium eine Sitzung statt, die sich mit der Einschränkung des Lichtverbrauchs in Berlin beschäftigte. An der Sitzung, die bis 2 Uhr mittags dauerte, nahmen Vertreter aller zuständigen Behörden teil. Die Aussprache nahm einen lebhaften Verlauf, Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt. Man kam vielmehr überein, die Beschlußfassung auf eine zweite Sitzung zu verschieben, die in kürzester Zeit stattfinden dürfte, da von allen Anwesenden eine rasche Erledigung dieser Frage betont wurde. Jedenfalls bewies die Diskussion schon in der gestrigen Sitzung, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Forderung des Reichskohlenkommissars auf eine starke Drofflung des Lichtverbrauchs in Berlin und auf eine damit zusammenhängende Verkürzung der Polizeistunde — man spricht von 1/21 Uhr nachts — stattgegeben werden dürfte.

#### Das schlechte Brot

Die Klagen über die schlechte, ja geradezu gesundheits-schädliche Beschaffenheit des Brotes mehren sich von Tag zu Tag. Die Magenkrankungen haben gegenwärtig wieder zugenommen, wobei sich die Beobachtung ergeben hat, daß besonders die aus der Sommerhitze zurückgekehrten Groß-Berliner von diesen Erkrankungen befallen werden. Wohl mit Recht führen die Sommerkrisen, die fern von Berlin sich wochenlang an ganz erheblich besserem Brot oder gar „Landbrot“, d. h. aus reinem Wehl hergestellten Brotes erfreuen durften, die Magenverstimmungen und ähnlichen Krankheitserscheinungen auf die schlechte Beschaffenheit des Brotes zurück, das wir Groß-Berliner nun schon so lange erhalten. Auch die Bäckermeister haben schon immer lebhaft Klage darüber geführt, daß es ihnen einfach nicht möglich ist, ein nur einigermaßen gutes Brot herzustellen, da sie zum Teil nicht einmal ganz einwandfreies Wehl erhalten und da sie zu viel Strohmittel aller Art zu verbacken gezwungen sind. Die Geruchlichkeit oder exzellente, festzustellen, daß die Groß-Berliner Gemeinden leider sich in einer Zwangslage befinden und nicht in der Lage sind, die Bäckermeister reichlicher mit Wehl oder auch nur besserem Wehl zu beliefern. Die Gerichte, die im Publikum verbreitet werden, die Gemeinden verfügen wohl über größere Bestände an Roggenmehl, hielten sie aber zurück und beliefern die Bäckermeister mit Maismehl, Bohnenmehl, Hafermehl usw., um die großen Mengen derartiger Nahrungsmittel, die von der Bevölkerung nicht abgenommen werden, los zu werden, entbehren nach unleren Ermittlungen jeder Grundlase. Wehlbestände, die für eine Verbesserung des Brotes irgendwie in Betracht kommen könnten, sind nicht vorhanden. Die Gemeinden sind gezwungen, in

### Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Fast in einem Atemzuge spricht Nikitin diese lange Tirade. Ich hörte aufmerksam zu, aber sein Kollege wollte ihn mehrere Male unterbrechen. Aber Nikitin gab nicht nach und rief in energischem Tone: Schweigen! — Als er geendigt hatte, sagte er wie nach einer Anstrengung nach Atem ringend: „Nun hast du begriffen, mein Lieber?“

„Ja, was ist denn da zu verstehen,“ mischte sich sein Kollege böse ein, „diese ganze Predigt hättest du uns auch ersparen können! Durch die Erklärung der Gründe wird dem Uebel nicht abgeholfen! Tatsache ist, daß Gewalt, Blut und Mord existieren, und sie müßten nicht vorgekommen sein. Ich würde mit dir vor der Erbarmenheit des russischen Volkes in Entzücken geraten, wenn ihm trotz seiner Einschüchterung, trotz seiner Finsternis jegliches böse Gefühl von Rachsucht fernliegen würde!“

„Geht du Rothhaariger, ich sehe, du erwartest Wunder auf dieser Welt! Woher und weshalb sollte denn das russische Volk so sein? Es sind ja Menschen aus Fleisch und Blut. Du willst, daß sie plötzlich zu einer Art von Heiligen werden!“

Ich merkte, daß dies der wunde Punkt zwischen den beiden Kollegen war, daß sie gewiß schon früher viel über diese Frage gestritten hatten; um zu vermeiden, daß der Streit von neuem entbrannte, ergriff ich Nikitins Hand, drückte sie fest, wie um seine Aufmerksamkeit auf mich zu lenken und sagte möglichst weich:

„Das ist ja alles gut und schön, man kann sich mit dir vollkommen einverstanden erklären, und doch gibt es genug Grund, um in der Seele zu leiden. Aber du bist ganz abgelenkt, du hast meine Bitte vergessen, was soll ich mit meinen Junkern tun?“

„Ah ja, du hast recht, ich habe das ganz vergessen!“ Sein Gesicht verfinsterte sich; mit seinen Fingern krüchte er seine langen Haare zurück, die ihm fortwährend in die Stirne liefen; er schritt einige Male im Zimmer auf und ab.

hohem Maße Streckungsmittel für die Broterzeugung verwenden zu lassen. In Berlin werden etwa 50 Prozent derartiger Erzeugnisse verbraucht, in Charlottenburg ungefähr 25 Prozent.

Die Aussichten für eine Verbesserung des Brotes sind nicht besonders günstig; irgendwelche Hoffnungen lassen sich zur Zeit jedenfalls nicht erwecken. Die Getreideernie darf zwar als günstig bezeichnet werden, doch hängt alles ja von der Kohlelieferung seitens der Landwirte ab. Bei dem immer mehr sich steigenden Abneigung gegen die Zwangswirtschaft und vor allem der in der Tat außerordentlich großen Not an Futtermitteln, muß damit gerechnet werden, daß seitens der Landwirte Getreide in größerem Umfange zur Verfütterung verwendet werden wird. Es wird daher, um eine ausreichende Versorgung der Städte mit Wehl herbeizuführen, erforderlich sein, daß die Regierungsbehörden auf eine restlose Ableitung seitens der Landwirte energisch hinwirken.

#### Die Aufbauschieber

Unsere gestrige Notiz unter derselben Spitzmarke, die den Zweck verfolgte, etwas Licht in das Dunkel der Millionenfälschungen einiger Herren des Schwindelunternehmens „Zweckverband Ober-Schlesien“ zu bringen, hatte die beabsichtigte Wirkung. Es kann heute festgestellt werden, daß Leute, darunter Offiziere, bereits vorbestraft wegen Schwindelverbrechen, einmündig wegen Verschwendungssucht, bei der Gründung ihrer Unternehmungen es verstanden haben, sich der Mitarbeit von Männern zu verschließen, deren materielle Name die Attrappe bilden sollten, hinter der sie desto ungeförter sich die Taschen füllen konnten. Mißbrauch wurden u. a. die Namen von Artur Jickler, der im Sinne sozialistischer Bergarbeiterfiedlung in Oberschlesien tätig war. Sein Gehalt betrug pro Monat 1000 M. Mangel an persönlichem Mut in seiner Gegnerschaft gegen Militarismus und Imperialismus kann Jickler nicht vorgeworfen werden. Opfer der Schwindler, deren Entfarnung und Festnahme hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten lassen, wurden außerdem eine ganze Anzahl z. T. bekannter Persönlichkeiten. Diese Leute arbeiteten in der Aufbauzentrale in gutem Glauben und im Interesse von Siedlungsunternehmen. Schon dieser Mangel, deren Namen mit einem sehr zweifelhaften Unternehmen in Verbindung gebracht wurden, ist ein ernstliches Zufallen von Seiten der Staatsanwaltschaft notwendig. Sollte dies der Staatsanwaltschaft gar zu schwer fallen, dann wird es unsere Pflicht sein, erneut zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Die unhaltbaren Zustände in unseren Wohnungsbehörden werden grell beleuchtet durch die Ergebnisse eines Herrn, der seit Januar d. J. einen schweren und gerechten Kampf um eine Wohnung im Hause Nikolausberg Str. 26, zu führen hat. Durch Einweisungsbefehl der Wohnungsinspektion 2 und durch Verfügung des Amtsgerichts, wurde dieser Herr in die Wohnung eingewiesen. Einige Leute jedoch, die gute Verbindungen in der Wohnungsinspektion haben, erwirkten eine einstweilige Aufhebung der zwangsweisen Einweisung, und lachten durch Ankauf des Hauses und andere Schiedungen, die Wohnung an sich zu bringen, obwohl sie in die Liste der Wohnungssuchenden nicht eingetragen waren. Der Mann, der nun auf Grund der Verfügungen zweier Behörden, das Zimmer aufgab, daß er mit seiner Frau bewohnte, liegt nun auf der Straße und muß für Hotelwohnungen ungeheure Gelder ausgeben, weil es bestimmte Grundstücke, nach denen die verschiedenen Behörden ihre Entscheidungen fällen, augenscheinlich nicht gibt. Es ist dringend notwendig, unter diesem Bureaokratentum gründlich aufzuräumen. Einzelne dieser Instanzen scheinen nur mehr da zu sein, die Erlangung einer Wohnung nicht zu erleichtern, sondern zu verhindern. Sie wirken schädigend für die Allgemeinheit, da die ungeheuren Kosten all dieser Kermier und Institutionen nun noch vermehrt werden, durch eine schwere Schädigung einzelner Wohnungssuchender, die zweifellos aus öffentlichen Geldern gutgemacht werden muß.

Für werdende Mütter. In der Zeit des recht fühlbaren Mangels an Heizungs- und Beleuchtungsmaterial ist es notwendig, daß werdende Mütter auf folgendes aufmerksam gemacht werden: 1. Vor der Geburt eines Kindes wird in der „Kohlen-Verteilungsstelle“, Kohler, 27-28, eine Bescheinigung zum Bezug von drei Zentner Kohlen erteilt. 2. Nach erfolgter Geburt erhält man auf Grund der vom Standesamt ausgestellten Geburtsurkunde bei der „Kohlen-Verteilungsstelle“ des betreffenden Bezirks, in dem man wohnt, eine Bezugskarte von weiteren fünf Zentner Kohlen. 3. Bei der Brotkommission erhält man nach der Geburt Spirituskarten auf besonderen Antrag. 4. Beim Magistrat, Abt. für Beleuchtung, Spandauer Str. 17, erhält man vor der Geburt Petroseumkarten. Die Verteilung erscheint uns, nach Zusätzlichen zu urteilen, etwas willkürlich. — Außerdem wäre darauf hinzuweisen, daß auf den Fürsorgestellen, woher sich die Frauen erst mit dem neugeborenen Kinde zu begeben pflegen, angeschlagen ist, daß werdenden Müttern in der zweiten Hälfte der Schwangerschaft eine Zuckerkrankheit zusteht. Da dies vorher meist unbekannt ist, auch bei dem Zulanden der Karten von der Zentralstelle für Krankenernährung, Abt. für werdende Mütter, nicht berücksichtigt wird, sind die Frauen beim Erscheinen auf den Fürsorgestellen mit recht darüber sehr empört.

Erwerbslosenfürsorge und Invalidenrentner. Durch die Presse gegen Nachrichten, daß Invalidenrentner, weil mehr als 66% Prozarbeitslosigkeit, als nicht arbeitsfähig angesehen werden können. Es gibt Invalidenrentner, die Arbeit bis in die letzte Zeit geleistet haben. Auch diese bleiben, wenn sie arbeitslos werden, von der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen. Einen Unterstützungsantrag zu stellen ist vollkommen zwecklos. Um die Härte, die in dieser Vorschrift liegt, zu mildern, soll die Ehefrau, falls sie erwerbslos ist und Bedürftigkeit vorliegt, einen Antrag auf Unterstützung stellen. Auf diese Weise ist es möglich, die wirklich kostlose Lage dieser Bedauernswerten etwas zu mildern.

Die Berliner Kinder in Ostpreußen außer Gefahr. Nach dem beim Jugendpflegeamt der Stadt Berlin vorliegenden Nachrichten, sind die in den ostpreussischen Grenzbezirken auf dem Lande zur Erholung gebrachten Kinder außerhalb jeder Gefahr. Grenzverletzungen sind nicht vorgekommen. Bei der deutschen Grenzbevölkerung selbst ist keine Unruhe vorhanden.

Köllnische Heide. Wie bereits kurz mitgeteilt, wird am Montag, den 16. d. M., an der Bahnstrecke Reutahn-Baumtschulenweg, eine neue Vorortstation Köllnische Heide als Bahnhof vierter Klasse eröffnet. Da die Jüge, die zunächst an dieser Station halten, keine Packwagen führen, so wird nur der Personenverkehr eröffnet, während die Beförderung von Gepäck und Expressgut vorher von diesem Bahnhof noch nicht stattfindet. Auf dem neuen Bahnhof werden alle diejenigen Jüge halten, die vom Südring (Friedenau, Wilmersdorf bzw. Hermannstraße) nach und von Grünau verkehren. In der Hauptlage handelt es sich hierbei um solche Jüge, die ausschließlich dem Berufsverkehr dienen, also in der Zeit zwischen 6 und 9 Uhr vormittags und 2 und 4 Uhr nachmittags gefahren werden. Besonders bequeme Fahrverbindungen erschließen sich von dem neuen Bahnhof nach Grünau einerseits und den Vorortstationen des Südringes andererseits. Die schon vor einigen Jahren fertiggestellte Vorortstation, die des Krieges wegen nicht eröffnet worden ist, wird nunmehr dem Verkehr übergeben.

Torf statt Kohlen. Der Wilmersdorfer Magistrat hat in Voraussicht, daß auch im kommenden Winter mit einem fühlbaren Kohlenmangel zu rechnen sein wird, schon vor längerer Zeit einen erheblichen Betrag zum Ankauf von Torf bewilligt. Diese Torfanläufe sind jetzt bewerkstelligt worden. Gleichzeitig wurde beschloffen, zur Lagerung des Torfes auf sechs Wilmersdorfer städtischen Grundstücken größere Lagergruppen zu errichten. — Die Ansicht, ob Torf in den Berliner Oefen gebrannt werden kann, gehen auseinander. Ein Austausch der Erfahrungen darüber läge daher im öffentlichen Interesse.

Die Elektrifizierung der Berliner Stadt, Ring- und Vorortbahnen, zu der die Vorarbeiten nunmehr beendet sind und mit deren Durchführung auf den beiden Nordbahnstrecken Berlin-Hermesdorf und Berlin-Bernau demnächst begonnen werden soll, hat vielfach die Meinung aufkommen lassen, daß durch die Einführung der elektrischen Zugförderung eine bessere Bedienung der Strecken, beschleunigter Zugverkehr usw. Platz greifen würde. Diese Vorteile werden durch die Elektrifizierung nicht erzielt. Vielmehr werden die Jüge mit der bisherigen Geschwindigkeit und in den gleichen Abständen einander folgen. Sie werden voraussichtlich nicht ganz so lang sein wie die mit Dampflokomotiven geförderten Jüge. Die Vorteile der Einführung des elektrischen Zugbetriebes werden vielmehr auf allgemein-wirtschaftlichem Gebiete liegen. Jede einzelne Lokomotive stellt eine Zentrale im Kleinen dar, die durch die vielen Wärmeverluste sehr unwirtschaftlich arbeitet. Der Ertrag dieser vielen kleinen Zentralen, bei denen die Arbeitsleistung in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Kohlen steht, durch eine einzige große Zentrale bietet an sich schon erhebliche Vorteile. Diese Vorteile werden noch dadurch vergrößert, daß die große Zentrale imstande ist, vielerlei Nebenprodukte der Stein-, Braunkohle und des Torfes zu gewinnen, die bei den Dampflokomotiven als Rauchgase durch den Schornstein abziehen und verloren gehen. Daneben bietet auch der elektrische Betrieb noch eine Ersparnis an Arbeitskräften, da auf der Lokomotive Führer und Heizer sein müssen, während der elektrische Zug nur einen Mann Bedienung im Führerstand erfordert. Allein die Ersparnis an der heute für Deutschland so kostbaren Kohle haben die Eisenbahnverwaltung veranlaßt, die Elektrifizierung der Bahnen so schnell wie möglich durchzuführen. Die Frage der Beschleunigung des Zugbetriebes, die schnellere Zugfolge kommen erst in zweiter Linie in Frage. Die Umwandlung des Dampfbetriebes in den elektrischen hat aber noch einige andere nicht zu unterschätzende Vorteile. Neben der einzuführenden elektrischen Zugbeleuchtung werden diese Jüge wohl die ersten Vorortzüge sein, die wieder geheizt werden, da auch die Heizung auf elektrischem Wege erfolgen soll. Endlich wird auch die Vereinfachung der Klassen hierbei durchgegeführt; es soll in den neuen elektrischen Jügen nur noch eine Klasse, die dritte Wagenklasse geführt werden. Nicht unerwähnt soll noch ein besonderer Nachteil bleiben, der sich durch die elektrische Zugförderung auf der Strecke Berlin-Oranienburg einstellen wird. Der elektrische Zugbetrieb soll nur bis Hermesdorf durchgegeführt werden. Die Strecke Hermesdorf-Oranienburg wird weiter mit Dampflokomotiven betrieben werden. Während jetzt die Reisenden der Strecke Hermesdorf-Oranienburg mit dem gleichen Zuge nach Berlin durchfahren, müssen sie bei erfolgter Elektrifizierung in

„Und was denkst du darüber, Rothhaariger?“ fragte er seinen Kollegen, vor ihm stehen bleibend.

„Dieser senkte seine verblühten Augen, zuckte unschlüssig mit den Achseln.“

„Ja, es ist eine schlimme Sache, sehr schlimm! Ich weiß einfach nicht, was ich dir sagen soll, Koffa! Auf diese Art ist es schlecht und auf eine andere Art ist es auch nicht besser. . . Vielleicht könntest du persönlich zu Saksin gehen, das ist der Kommissar, der die Gefängnisse und die Arrestzellen unter sich hat, aber. . . ich warne dich, bereite dich ordentlich vor, damit du nicht ausschlägst. . . es ist ein raucher Mann. Er denkt nur daran, zu stehen, außer Fassung zu bringen, zu schneiden! Mit einem Wort — ein Robespierre/russischer Ausgabe! Aber du müßt dich zusammennemen, mein Lieber, wenn du ihn ärgerst, so wird es ja deinen Junkern nur um so schlimmer ergehen. . . Ich will nicht behaupten, daß es zu einem befriedigenden Resultate führen wird, aber ich würde dir doch raten, es zu versuchen. Der Versuch kostet ja nichts und vielleicht wird er dir einen praktischen Rat erteilen können.“

Als ich zum Abschied Nikitins Kollegen die Hand entgegenstreckte, erhob sich dieser von seinem Platze und sprach, ohne meine Hand loszulassen, mit einer so festen Stimme, wie sie bei einem schlaftrigen Menschen, wie er, schwer zu erwarten war. Mir kam es sogar vor, als leuchteten in seinen verblühten Augen einen Augenblick helle Funken auf.

„Sie waren ja das Gewissen aller, deshalb werde ich ihnen sagen. — und sie bewegt sich doch. . . Nikitin hat nicht recht, die Revolution hätte als eine reine, einheitliche auf Erden wandeln sollen, einer Chimäre, einem Traum gleich, der in ein weißes Gewand geküllt ist; Schmutz, Gewalttat, Mord hätten diesen schneeweißen Traum nicht befecken dürfen.“

„Geh, mein Lieber,“ unterbrach ihn Nikitin, „dann müßte ja auch die Erde von Engeln bewohnt sein, und Engel brauchen keine Revolution! Die Revolutionen existieren, weil die Erde mit Teufeln bevölkert ist, verzeihst du, und die Revolution aus ihnen Engel machen will! . . . Wo man aber mit Teufeln zu tun hat, da gibt es keinen Paradox!“

Trotzdem drückte ich mehrere Male fest die Hand des rothhaarigen Menschen und dachte mir beim Hinausgehen: wach ein merkwürdiger Mensch!

Nikitin begleitete mich. Sobald wir in den Korridor traten,

ertönten plötzlich, wahrscheinlich aus einem der Nebenzimmer, dessen Türe offen stand, die Worte:

„Ojka, du As, Ojka, du jungfräuliches As, gehorche mir, hörst du mich?“ und eine betrunkene Stimme krächzte, so daß man weiter nur mit Mühe die Worte verstehen konnte: „ . . . fons! . . . bringe ich dich um . . .“

„Geh weg . . . quai nicht!“ ertönte müde und besonders hilflos eine weibliche Stimme zur Antwort, sich mit grobem, schallenden Gelächter wahrscheinlich der anderen Anwesenden vermischend.

Ich zuckte zusammen. Plötzlich sagten es mir, daß ich diese Frauenstimme schon einmal gehört haben müsse. Bemerkend, daß ich aufmerksam aufhorchte, erklärte Nikitin mir gleichgültig:

„Lach das, es wird wohl Ojka, die jungfräuliche sein, eine Säulampe. . . man sagt, sie gibt sich jedem hin, fasselt aber die ganze Zeit von einer Jungfräulichkeit. Das ist auch eine rein russische Erscheinung, eine Art Fanatismus. . .“

Predigt, daß die Menschen kein Glück finden werden, bis sie nicht die Jungfräulichkeit auf Erden eingebürgert hat. . . Ich denke, daß sie ein wenig krank ist, es fehlt ihr etwas. . . Es wird wohl eine Rärsche sein, oder ein unglückliche Liebt spielt da eine Rolle. . .“

In diesem Augenblicke traten wir an die Türe des Zimmers, von wo der Lärm erschallte. In einem ziemlich geräumigen Zimmer saßen vier Männer an verschiedenen Tischen, während der Betrunkene, ein hoher, kräftig gebauter Kerl, danach trachtete, eine magere, schlanke Frau zu umarmen. Diese entwand sich ihm, ohne nachzugeben, ließ ihn vor die Brust.

Bei unserem Erscheinen in der Türe hielt der Kampf einen Augenblick inne und merkwürdigerweise erfaßte mich dieselbe unerklärliche Aufregung, wie damals auf dem Ball, wie bei einigen Tagen auf der Straße. Ich fühlte, daß ich am ganzen Leibe zitterte, ich fühlte, daß ich fallen könnte, und um dies zu vermeiden, lehnte ich mich mit dem Rücken an den halbgeöffneten Türflügel. Ich fühlte, daß mich eine äußere Macht von allen Seiten umfaßte, und mich im Sturmwind wirbelnd, umwerfen und zu Boden schleudern wollte. . . Ich bestie sonst soviel Selbstbeherrschung, in diesem Augenblicke aber schrie es mir, daß ich jegliches Selbstbewußtsein verlor und blindlings der Macht feindlicher Gefühle preisgegeben war.

(Fortsetzung folgt.)



